

Amüliches Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amüliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römersstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 256

Diez, Freitag den 1. November 1918

58. Jahrgang

Amülicher Teil

J.-Nr. 10714. II.

Diez, den 29. Oktober 1918.

Die letzten Tage der Zeichnungsfrist.

Noch mehr als je gilt es zu zeigen, daß wir keine Furcht kennen, daß wir unser deutsches Vaterland unzerstückelt auch aus der größten Not hervorgehen lassen wollen. Unseren Willen zur Einigkeit, zur Behauptung alles dessen, was unsere Väter schwer errungen, unsere Brüder an der Front uns bis heute in Todes-treue gestützt und weiter sichern werden, können wir am macht-vollsten durch Zeichnung von Kriegsanleihen betätigen. Wer zeichnet, erhält Haus und Hof, Heimat und Vaterland dauernd sich und seinen Kindern; daran denkt und zeichnet soviel ihr könnt! Geld ist da, und es nützt nirgends besser, als in Form von Kriegsanleihe, die immer noch von allen deutschen Wert-papieren die sicherste ist und bleibt, weil hinter ihr alle, das deutsche Vaterland, jeder Bundesstaat, jede Provinz, jeder Kreis und jede Gemeinde stehen.

Der Landrat.
Thon.

J.-Nr. 3218. R. F.

Diez, den 28. Oktober 1918.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Betrifft: Kriegsfamilienunterstützung.

Der Bundesrat hat beschlossen, daß den unterstützungs-berechtigten Angehörigen oder zum Kriegsdienst einberufenen Mannschaften vom 1. November 1918 ab eine weitere Unter-stützung gewährt werden soll. Für den diesseitigen Kreis ist diese Mehrunterstützung auf 5 Mark für jeden Unterstützten festgesetzt worden. Vom 1. November ds. Js. ab sind also in den Gemeinden des diesseitigen Kreises zu zahlen, monat-lich 30 Mark für die Ehefrau und 20 Mark für die Kinder und sonstigen Berechtigten. Da die unterstützungsberechtigten Personen nach meinem Ausschreiben in Nr. 259 des vorjähri-gen Kreisblattes schon einmal eine Erhöhung von 5 Mark erhalten haben, die in den Unterstützungsbogen mit farbiger Tinte nachgewiesen werden sollen, so berechnet sich die Er-höhung nunmehr auf 10 Mark, die gleichfalls in dem Unter-stützungsbogen besonders nachgewiesen werden sollen.

In die Monatsspalten des Unterstützungsbogens sind deshalb vom 1. November 1918 ab für die Ehefrau monatlich 20 Mark und für die Kinder und sonstigen Berechtigten monatlich 10 Mark mit schwarzer und bei allen je 10 Mark Erhöhung mit farbiger Tinte einzutragen.

Dementiprechend sind in der am letzten jedes Monats der Kreiskommunalkasse zu erstattenden Anzeige über die zur Auszahlung gekommenen Unterstützungsbeträge unter 16 10 Mark für jeden Unterstützungsberechtigten besonders nachzuweisen. (Der alte Vordruck, der noch auf 5 Mark lautet, ist auf 10 Mark abzuändern.)

Die Rechner sind mit entsprechender Anweisung zu ver-sehen.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.
Thon.

J.-Nr. 1120. En.

Diez, den 28. Oktober 1918.

Bekanntmachung.

Betrifft: Aufstellung der Veränderungsnachweisung für das Jahr 1918.

Diejenigen Herren Bürgermeister, die mit der Erledigung meiner Verfügung vom 13. September d. Js. J.-Nr. 931 En., Kreisblatt Nr. 227, betr. „Aufstellung der Veränderungsnachweisung über die landwirtschaftlichen Betriebe für das Jahr 1918“ noch im Rückstande sind, werden hiermit mit Frist von 5 Tagen an die Erledigung derselben erinnert.

Der Vorsitzende des Sektions-Vorstandes
der landwirtschaftl. Berufs genossenschaft.
Thon

L. 11886.

Diez, den 28. Oktober 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Der Herr Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. hat vorbe-haltlich jederzeitigen Widerrufs genehmigt, daß die seither in dem amtsgerichtlichen Gefängnisse in Diez untergebrachten Po-lizeigefangenen während der Schließung desselben in dem Zentralgefängnis in Friedland Aufnahme finden. An Kosten ist die allgemein für die Aufnahme von Polizeigefangenen in gerichtlichen Gefängnissen vorgeschriebene Vergütung zu erheben. Eine etwa notwendige Vorführung von Polizeigefangenen vor das Amtsgericht ist Sache der Ortspolizeibehörden.

Der Admial. Landrat.
Thon.

Erfassung der Rohfette.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herren
Polizeipräsidenten hi. selbst.

Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin, Unter den Linden 68 a, beabsichtigt, zur besseren Erfassung der Rohfette nach der Bundesratsverordnung vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 163) die Mitwirkung der auf den Schlachthöfen und Schlachtstellen tätigen Tierärzte, Fleischbeschauer, Hallenmeister usw. in Anspruch zu nehmen. Die Mitwirkung dieser Sachverständigen usw. soll auf besonderes Verlangen des Kriegsausschusses und in folgender Weise erfolgen:

- a) Die Sachverständigen sollen der Kostrennung des Rohfettes beizuhelfen und sich davon überzeugen, daß die in der vorbezeichneten, bestimmungsmäßig in den Schlachträumen auszuhängenden Verordnung erwähnten Rohfette vollständig losgetrennt werden.
- b) Sie haben das Gewicht des vom einzelnen Tier anfallenden Rohfettes genau zu ermitteln und den Befund in das Beschaubuch einzutragen.
- c) Von Zeit zu Zeit haben sie das Bahnversandbuch oder die Doppelfrachtbriefe der Rohfettablieferer zu prüfen, wobei insbesondere festzustellen ist, ob das versandte Rohfett mit den Eintragungen im Beschaubuch im Einklang steht. Etwaige Abweichungen sind dem Kriegsausschuß für Öle und Fette, Rohfett-Abteilung, Berlin, Unter den Linden 68 a, mitzuteilen.
- d) Ueber den jeweiligen Rohfettanfall sind die zuständigen Magistrate oder Gemeindevorsteher formularmäßig auf dem Laufenden zu halten, wobei insbesondere folgende Angaben gemacht werden müssen:
 1. Ort und Tag der Schlachtung,
 2. Namen der Schlachtenden,
 3. Anzahl und Gattung der Schlachttiere,
 4. Lebend- und Schlachtgewicht der Tiere,
 5. Vermerk, falls eine Rot- oder eine Hauschlachtung vorliegt, und
 6. Gewicht des Rohfettanfalles.

Für die Mitwirkung bei der Erfassung der Rohfette gewährt der Kriegsausschuß den Sachverständigen usw. eine Vergütung von 4 Mark für je 100 Kgr. Rohfett, jedoch monatlich mindestens 6 Mark, höchstens 40 Mark. Daneben werden etwaige bare Auslagen erstattet, die bei der besonderen Tätigkeit für den Kriegsausschuß aufgewendet werden müssen. Die monatlichen Forderungsnachweise sind dem zuständigen Magistrat oder Gemeindevorsteher einzureichen, dem die berechneten Beträge nach Prüfung vom Kriegsausschuß für Öle und Fette zur weiteren Veranlassung überwiesen werden.

Ich ersuche, den Schlachthofverwaltungen nahe zu legen, den an sie herantretenden Wünschen des Kriegsausschusses nach Möglichkeit zu entsprechen. Die außerhalb der öffentlichen Schlachthöfe in Betrieb kommenden Beschauer sind anzuweisen, einer Aufforderung des Kriegsausschusses zur Mitwirkung nachzukommen.

**Ministerium für Landwirtschaft, Domänen
und Forsten.**

S. A.:

gez. Hellich.

L. 12019.

Diez, den 29. Oktober 1918.

Abdruck vorstehender Verfügung teile ich den Gemeindebehörden des Kreises mit dem Ersuchen um Weiterbekanntgabe an die Fleischbeschauer mit.

Der Adm. Landrat.

Thon.

**Betrifft: Die Anmeldung zur Umsatzsteuer seitens
der Gewerbetreibenden in den Landge-
meinden des Unterlahnkreises, die Luxus-
gegenstände im Kleinhandel absetzen.**

Mit Bezug auf den zweiten Absatz meines Anschriftens vom 12. August ds. Js., Kreisblatt Nr. 148, werden die Gewerbetreibenden, die Luxusgegenstände im Kleinhandel absetzen, hiermit aufgefordert, die bis jetzt unterlassene Anmeldung zur Umsatzsteuer alsbald nachzuweisen und die vorgeschriebene Erklärung über den Gesamtbetrag ihres Umsatzes an Luxusgegenständen in der Zeit vom 5. Mai bis 30. September ds. Js. bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben hier mündlich zu machen.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einem ihm nicht gebührenden Steuerborteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vorbrücke zu verwenden, die beim Bürgermeister zu haben oder auch hier angefordert werden können.

Wegen der Verpflichtung zur Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 5. Mai bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August ds. Js. wird auf die Bekanntmachung über die Sicherung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände vom 2. Mai ds. Js. — Reichs-Gesetzblatt Seite 379 — verwiesen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thon.

Nichtamtlicher Teil

Die 9. Kriessanleihe.

Reichnungen: Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland 47 000 000; Sparkasse der Stadt Ludenwalde 25 000 000; Eberwalder Creditbank, e. G. m. b. H. 25 000 000; Pensionskasse f. d. Arbeiter der preuß.-hessischen Eisenb.-Gemeinschaft 20 000 000.

Stegemann über Ludendorff

Bern, 30. Okt. Im Berner Bund schreibt Stegemann: Mit Ludendorff verläßt eine militärische Intelligenz ersten Ranges die kriegerische Bahn. Sein Bestes hat er geleistet, als er mit Hindenburg die Schlachten im Osten schlug und im Herbst 1914 dem Kriege auf den Schlachtfeldern Polens neue militärische Perspektiven eröffnete. Damals bewegte er sich mit absoluter Sicherheit auf den ihm vorgezeichneten Feldern. Heute wird er nicht nur ein politischer General genannt, sondern er scheint auch mit dem Mißlingen der letzten großen Offensive belastet. Es ist leicht zu sagen, daß diese Mißlingen sei, wenigstens leicht, nachzuweisen, warum sie unternommen wurde und ob sie überhaupt noch gewagt werden durfte. Ludendorff hat sie gewagt und sein großes Können daran gesetzt. Aber er war nicht mehr der alte, auch die strategischen Verhältnisse waren nicht mehr dieselben. Er selbst war inzwischen in Deutschland zum Beherrscher der politischen Sphäre geworden, in die er nicht gehörte und die ihm nicht gehörte, in die er aber vielleicht mehr gezogen worden ist, als ihm anfangs bewußt war. Ludendorff ist Soldat durch und durch, und der Soldat denkt in Entscheidungen nicht wie der Politiker in Entwicklungen. Entscheidungen hat er gefällt, wenn ihn die Reichsleitung um Rat fragte, wie er sie zu fällen pflegte, wenn es sich darum handelte, Operationsplänen Gestalt zu leihen. Sein Unglück war, daß er selbst der Politik fremd gegenüberstand und keine Zeit hatte, umzudenken. So leitete er die Politik von der Kriegskarte ab,

...an der Spitze der von der politischen Staatsleitung weit über-
ragte und diese allmählich den Entscheidungen des Haupt-
quartiers unterwarf. Die ungenügend konstruierte Reichsver-
fassung hat das meiste dazu beigetragen, solche Anomalien zu
zuchteln. Der scheitende Ludendorff ist eine starke, überstarke
Persönlichkeit gewesen, aber stärker war die moderne Entwick-
lung, die über den Mann der Entscheidungen hinweggeschritten
ist, vielleicht weil er falsch entschieden hat, vielleicht weil seine
Zeit um war.

Eine schwierige Frage.

Berlin, 30. Okt. (WB.) Bei der Räumung eines
Teils des feindlichen Gebietes ist die Oberste Herrsleitung
vor eine außerordentlich schwierige Frage gestellt wor-
den. Es handelt sich um die belgischen Wehrpflich-
tigen, deren Anzahl in den geräumten Ortsteilen sich be-
reits auf weit über 100 000 beläuft. Trotzdem unsere
Gegner seit Anbeginn des Krieges allgemein eine rückwärts-
lose Internierung aller wehrfähigen Deutschen beschlossen
und zum Teil in rohester Weise ausgeführt haben, möchte es
die Oberste Heeresleitung, wenn irgend möglich, vermeiden,
sich einem derartigen Vorgehen gegenüber diesen Wehrpflich-
tigen anzuschließen. Auf der anderen Seite ist es ihr aus
militärischen Gründen unmöglich, die wehrfähigen Belgier
in Freiheit zu lassen, damit diese sofort nach Räumung der
Städte in den Kriegsdienst der Feinde treten könnten. Es
wurde daher der belgischen und französischen Regierung mit-
geteilt, daß die Oberste Heeresleitung bereit ist, die gesamte
Bevölkerung des geräumten und auch des möglicherweise
noch zu räumenden Gebietes nicht zurückzuführen, sondern
sie mit Einschluß der wehrfähigen Männer an ihren
Wohnorten zu belassen. Dafür erwartet sie aber die
Zusicherung, daß alle Männer zwischen 18 und 35 Jah-
ren nicht in die belgischen, französischen oder
verkündeten Streitkräfte eingereiht werden,
auch wo es sich um freiwillige Meldungen handelt. Es steht
zu hoffen, daß die belgische und französische Regierung in
nächster Zeit auf diesen Vorschlag eingehen werden.

Suß im preussischen Ministerium.

Berlin, 31. Okt. Wie man der „Börs. Ztg.“ aus pa-
lamentarischen Kreisen mitteilt, soll der sozialdemokratische
Bergarbeiterführer Otto Hue in das preussische Staatsmini-
sterium berufen werden.

Die Tschechen.

Wien, 30. Okt. (WB.) Die Blätter bringen über
die gestrigen Vorgänge in Prag noch folgende Einzel-
heiten: Vormittags fand eine sozialdemokratische Versamm-
lung statt, in der radikale und antidemokratische Forderungen
gestellt wurden, u. a. die Entfernung des Kaiser Franz-
Denkmals von dem Kai. Die Ferdinandstraße wurde in
Majarskystraße, der Franzkal in Straße der Tschechoslowa-
ken-Pegien, die Franzensbrücke in Wilsonbrücke umgetauft.
Inzwischen dauerten die Friedenskundgebungen in der Stadt
ununterbrochen fort. Unter Abzügen von Nationalkiedern
wurden Massenumzüge veranstaltet, wobei Offiziere
und Soldaten mit tschecho-slowakischen Fahnen
den Vortritt hatten. Abends waren zahlreiche Fenster illu-
miniert und Bilder von Wilson und Masaryk ausgestellt.
Die Ruhe wurde nirgends gestört und die Ordnung von Poli-
zisten und Mitgliedern der Sokolvereine gütlich erhalten.
Aus der Prager Burg war vormittags die tschechische
Fahne gehißt worden zum Zeichen, daß die Burg in die
Verwaltung des Nationalausschusses übergegangen ist. Vier
drahtlose Stationen in Prag wurden von der Leitung der
Nationalwehr übernommen. Die Kaserne des Egerländer
Infanterie-Regiments Nr. 73, die seit Jahren in Prag gar-
nisoniert ist, steht bereits unter dem Kommando der Sokolen.
Die Egerländer verlangten den Abzug in die Heimat. Dies
wurde unter der Bedingung bewilligt, daß sie Waffen und
Munition zurücklassen. In die Presse ergingen Weisungen

...in der Tat, die von der politischen Staatsleitung weit über-
ragte und diese allmählich den Entscheidungen des Haupt-
quartiers unterwarf. Die ungenügend konstruierte Reichsver-
fassung hat das meiste dazu beigetragen, solche Anomalien zu
zuchteln. Der scheitende Ludendorff ist eine starke, überstarke
Persönlichkeit gewesen, aber stärker war die moderne Entwick-
lung, die über den Mann der Entscheidungen hinweggeschritten
ist, vielleicht weil er falsch entschieden hat, vielleicht weil seine
Zeit um war.

Wien, 30. Okt. Wie die Blätter melden, vollzog sich
die Uebergabe der staatlichen Behörden an die
tschecho-slowakischen Nationalausschüsse in Böhmen und
Mähren in allen Ressorts ohne Zwischenfall und ohne
Reibungen. Die freudigen Kundgebungen dauern fort, ohne
daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre. Auch der
Streik der Arbeiterschaft in Prag und die Feier der neuen
Ordnung des tschechischen Staates verlief ohne Zwischen-
fälle und Reibungen. Heute wird die Arbeit überall wieder
aufgenommen.

Amerika.

Rotterdam, 30. Okt. (B. B.) „Nieuwe Rotterdamsche
Courant“ meldet aus London, daß der Washingtoner
amerikanischen Kongreß, der mit dem kampfslustigen
Manifest Wilsons eingeleitet wurde, die einschneidendste Frage
von Krieg und Frieden auf die Tagesordnung bringen wird.
Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Es geht
hier um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, ob Land
und Kongreß sich für die 14 Punkte Wilsons aussprechen
werden. Die Republikaner begannen kürzlich mit der
Bekämpfung einiger dieser Ideen. Roosevelt hat sie als
gefährlich verworfen; Senator Lodge und andere haben zu
verstehen gegeben, daß der Senat, wenn die Republikaner
ihren Willen durchsetzen, als diejenige Körperschaft im Lande,
die das Recht zur Ratifizierung von Verträgen hat, von seinen
Rechten ausgleichen Gebrauch machen wird. Unter diesen Um-
ständen hat der Präsident die Nation vor die scharf umrissene
Frage gestellt. Er ist überzeugt, daß die von ihm formulierten
Friedensbedingungen die einzige Garantie für einen demokrati-
schen und dauerhaften Frieden sind. Er glaubt, daß sein Einfluß
beim Durchsetzen dieser Bedingungen von der ungeteilten
Unterstützung durch den Kongreß abhängt und daß es not-
wendig ist, daß das Land die Republikaner, die die bedingungs-
lose Uebergabe Deutschlands unter allen Umständen verlangen,
desaboliert. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning
Post“, der aus seiner Sympathie für den republikanischen
Standpunkt kein Hehl macht, erklärt, daß auch nach der Theorie
der Republikaner das Land viel kriegslustiger sei
als der Präsident, und daß er die Note des Präsidenten
vom 8. Oktober verurteilt habe. Dies ist die letzte Lage. Es
ist klar, daß ein großer, vielleicht nicht wieder gut zu machender
Schaden angerichtet werden kann, wenn dem amerikanischen
Volke nicht gesagt wird, ob die Punkte Wilsons die Alliierten
befriedigen, oder ob diese mehr verlangen. Senator Pittman,
der Vorkämpfer des Präsidenten im Senat, behauptet, daß die
Alliierten die 14 Punkte Wilsons annehmen. Die Republikaner
stellen das in Abrede und sagen, daß die 14 Punkte das persö-
nliche Programm des Präsidenten seien, das den Alliierten nie-
mals zur Begutachtung vorgelegt worden sei. Ja, daß die Alliierten
im Gegeenteil wiederholt erklärt hätten, daß sie es für unge-
nügend halten.

Japan.

London, 30. Okt. (B. B.) Reuter. Die „Times“ erfährt
aus Tokio vom 20. Oktober: Marquis Ukiwa, der bei Beginn
des Krieges Ministerpräsident war, schreibt einen langen Ar-
tikel in der Zeitung „Asahi“, worin er die Bedingungen
auseinanderlegt, die Japan in dem fernen Osten für nötig hält.
Er findet, daß die Verwaltung über die Samoa-Inseln Eng-
land und den Vereinigten Staaten überlassen werden muß, um
den deutschen Stützpunkt im Stillen Ozean zu vernichten, daß
Neu-Guinea Australien zufallen muß. Die Marshall-, Caro-
linen- und Marianen-Inseln, die die Japaner besetzt halten,
sind für Japan wertlos, aber in deutschen Händen gefährlich.
Da keine Gründe bestehen, weshalb sie einer dritten Macht ge-
geben werden sollen, muß Japan in Besitz dieser Inseln blei-
ben. Das Telegraphenkabel, das Tsingtau mit den südlichen Ge-
bieten über See verbindet, steht jetzt unter Kontrolle der japani-
schen Flotte.

Graf Hadik und sein Programm.

Budapest, 29. Okt. Der vom König mit der Staatsbildungsbeauftragte Reichstagsabgeordnete Graf Johann Hadik war stets einer der getreuesten Parteigänger Andrássys. Der neue Ministerpräsident wird mit allen Parteien über sein Programm verhandeln. Ihre Unterstützung ist ihm auch gewiß, mit Ausnahme der Karolyi-Partei, die durch den ungarischen Nationalrat mit den Sozialdemokraten und Radikalen aufs engste verblüdet ist und auch die Straße vollständig in der Hand hat. Graf Hadiks Programm ist: radikalstes Wahlrecht, die Errichtung eines ungarischen Ministeriums des Äußern und eines Kriegsministeriums, sowie die Heimbeförderung der ungarischen Soldaten von den Fronten. Graf Hadik wird dem Reichstag auch einen Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der Palatinwürde unterbreiten. Zum Palatin, der zugleich der Oberbefehlshaber des selbständigen ungarischen Heeres sein wird, soll der Feldmarschall Erzherzog Joseph gewählt werden.

Gemäßigt?

Schweizer Grenze, 30. Okt. Die Züricher Morgenzeitung glaubt zu wissen, daß die Bedingungen Fochs gemäßigt seien. Sicher sei, daß Wilson die Oberhand behalten werde.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!! Aufzug. Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung der Mainkraftwerke, wonach nunmehr festgestellt wurde, daß das Zerkümmern der Hochspannungsisolatoren bei Vangenscheid gemäß der gestrigen Notiz nicht auf Steinwürfe zurückzuführen ist, sondern daß mit einem Infanteriegeschütz eine große Anzahl Schüsse abgegeben wurde, wobei die Isolatoren als Zielscheibe dienten. Eine abgefeuerte Kugel flog bis in das circa 1 Kilometer weit entfernte Vangenscheid und schlug dort in die Dachrinne eines Hauses. In Vangenscheid war das Pfeifen der Kugeln deutlich vernehmbar. Ein solch ungeheurer Frevel mußte exemplarisch bestraft werden. Diesbezügliche Untersuchungen sind im Gange.

!! Abbau der Schnellzugzuschläge. Die Bestimmungen des deutschen Eisenbahnverkehrsverbandes sind entschlossen, der Lösung der Frage eines Abbaues der Verteuerung der Schnellzugsfahrpreise näherzutreten. Die jetzigen Tarife seien für die breiten Bevölkerungsschichten unerträglich, und so läme es, daß die im Fahrplan vorgesehenen wenigen Personenzüge ausnahmslos überfüllt sind. Die neuen Tarife sollen voraussichtlich am 1. April 1919 in Kraft treten und so gesetzt werden, daß die heutigen Schnellzugzuschläge um etwa 50 Prozent herabgesetzt werden.

!! Limburg, 30. Okt. Das Bischöfl. Ordinariat hat für den Allerheiligentag eine Kirchenkollekte für die Zwecke der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen angeordnet.

!! Frankfurt a. M., 30. Okt. (WB.) Die Grippe-Epidemie scheint in Frankfurt a. M. jetzt im Rückgang begriffen zu sein, und zwar ist gegenüber den Vorwochen sowohl die Zahl der Todesfälle als auch die Zahl der Erkrankungen, soweit sie sich aus den Aufnahmen in die städtischen Krankenanstalten feststellen läßt, wesentlich geringer geworden.

!! Frankfurt a. M., 30. Okt. (W. B.) Ein Demobilisations-Ausschuß ist aus Mitgliedern des Magistrats gebildet worden, um in Fühlung mit den beteiligten Kreisen den Uebergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft (Arbeitsbeschaffung, Wohnungs-, Bekleidungs- und Ernährungsfragen) vorzubereiten. Bei wichtigeren Maßnahmen soll Beratung in der Kriegskommission bzw. Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung erfolgen. Der Demobilisations-Ausschuß und seine Unterausschüsse, die sich auch mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ins Benehmen setzen werden, halten täglich Beratungen ab.

!! Vom Main, 29. Okt. Die Schiffahrt zeigt seit einigen Wochen eine steigende Belebung, die sich besonders in der Verfrachtung großer Kohlenmengen nach den bergwärts gelegenen Umschlagshäfen und dem regen Floßverkehr nach dem Rhein kundgibt. Der Kohlenverband auf dem Wasserwege nach Oesterreich, besonders den Balkanländern, hat aufgehört und kommt dem deutschen Binnengebiet zu gut.

!! Griesheim a. M., 29. Okt. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die an der Spitze der Vereinigten Aluminium-Werke steht, erwarb an der preussisch-sächsischen Grenze ein größeres Gelände zur Erbauung eines Aluminium-Werkes.

!! Kleinwallstadt, 29. Okt. Mord. Das Dienstmädchen Josefa Fried wurde vor einer Woche zum Bucheckernsammeln in den Wald geschickt, kehrte aber abends nicht zurück. Eine Streife, die am nächsten Tage vorgenommen wurde, hatte kein Ergebnis. Am Montag fand man nun die Leiche des Mädchens unter einem Reifighausen nahe dem Schweizerhof vor. Der Schädel war durch Beilhiebe zertrümmert. Die Untersuchung, die sofort eingeleitet wurde, soll bereits zu einer Verhaftung geführt haben.

!! Gießen, 30. Okt. Im Anschluß an das Landwirtschaftliche Institut der Universität soll dem Beschluß der Wiesbadener Landwirtschaftskammer zufolge hierseits eine Kassauische Kartoffel-Kulturstation errichtet werden, in der das gesamte Versuchswesen des Kartoffelanbaus planmäßig durchgeführt werden soll. Neben der hiesigen Hauptstelle werden Zweigstellen errichtet im Westerwald, im Taunus und in der Rhein- und Mainebene, und zwar allerorten im Anschluß an landwirtschaftliche Winterschulen.

!! Cronberg, 30. Okt. Für 400 Zentner rote Rüben, die die Stadt zur Abgabe an die Bürgerschaft vom Kreislebensmittellamt bezogen hat, fanden sich bisher trotz wiederholten Angebotes keine Abnehmer. Jetzt bietet der Magistrat die Rüben für 8 Mark den Zentner als — Viehfutter an.

!! Ortenberg, 30. Okt. Ein kalter Markt. Bei 4 Grad Kälte begann Montag früh der diesjährige „kalte Markt“. Trotzdem hatten sich außerordentlich viel Besucher eingefunden. Ein sehr lebhaftes Gepräge trug der reich besetzte Pferdemarkt.

Vermischte Nachrichten.

* Barmen, 30. Okt. Die Stadt beschloß die Herstellung von Papiernotgeld im Betrage von vier Millionen Mark.

* Deserteure als Mörder und Brandstifter. Eine Anzahl von Deserteuren hat in dem Dorfe Mitteregg in Steiermark das Anwesen des Besitzers Mitterhafer überfallen. Der Bauer, seine Frau, die Schwester der Bäuerin sowie deren beiden Söhne und eine Tagelöhnerin wurden auf rohe Art ermordet und das Haus ausgeplündert. Die Mörder sind unerkannt geflüchtet. Sie hatten noch die Unverfrorenheit, in Gegenwart ihrer Opfer sich im Hause eine Eierpeise zu bereiten.

* Stuttgarter Kriegsnotgeld. In Anbetracht des herrschenden Mangels an Zahlungsmitteln beschloß die Stuttgarter Stadtverwaltung, weiteres städtisches Papiergeld (50-Pfennig-Scheine, 5-, 20- und 50-Mark-Scheine) im Gesamtwert von 25 Millionen Mark mit Umlaufzeit bis 1. Februar und 1. Juli 1919 auszugeben. Anfang November wird mit der Ausgabe der Scheine angefangen.

* Beim Spiel tödlich verunglückt. Der 10 Jahre alte Jakob Beß aus Eppelheim ließ sich von einem mitspielenden Knaben in einer Scheune am Schnürteufel in die Höhe ziehen. Der Knabe stürzte ab und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhaus gestorben ist.

Vom 1. November ab fallen nachstehende Züge vorübergehend aus: Vorzug 609 (Sonntags) Frankfurt H. ab 3.06 N., Limburg an 5.48 N. — T. 4845 (WB) Niederrhausen ab 10.02 N., Limburg an 11.18 N., Diez an 11.28 N. — T. 4842 (WB) Limburg ab 7.39 N., Niederrhausen an 9.11 N.

1297) **Egl. Eisenbahndirektion Frankfurt (M.)**